

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Preis: 1 Pf. pro Stück. Ein Jahrgang 12 Hefen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 12 Pf. pro Jahrgang. Der Preis für den Einzelheft beträgt 1 Pf. pro Stück. Der Preis für den Abnehmer beträgt 12 Pf. pro Jahrgang. Der Preis für den Einzelheft beträgt 1 Pf. pro Stück.

Herausgeber:
Otto Kilian

Verlag: Otto Kilian, Halle, Postfach 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegramm-Adresse: Klassenkampf Halle. Postfach 14. Halle. Vertriebsstelle: Leipzig 1925 4. Postfach 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 8. Juni 1925

5. Jahrgang * Nr. 117

Hindenburg wird zu Kreuze kriechen

Zur Entwaffnungsnote

Wie die Berliner „Welt am Abend“ von einem Vertrauensmann erzählt, soll Hindenburg als eigentlicher Exponent der Deutschnationalen und Wäffler sich der Entwaffnungsnote gegenüber mit aller Reserve und Vorsicht halten. Auf keinen Fall könne die Rede davon sein, nach einem völkischen Vorstoß, den Wäffler einmahnen, die Note vor die Füße zu werfen. Die bei ihm einlaufenden Resolutionen und Telegramme der nationalen Verbände wolle Hindenburg gar nicht zur Kenntnis nehmen.

Eine Kabinettsitzung hat sich mit der Entente-Note befaßt, ohne bisher entscheidende Beschlüsse zu fassen. Eine Regierungserklärung befaßt, daß die Auffassung der Entente vom Stand der deutschen Kräfte richtig sei. Die Regierung läßt nach einigen aus Freisprechern erhobenen Abwehrgebeten durchblicken, daß sie im großen und ganzen in der Note einen Fortschritt gegenüber den früheren Aussagen der alliierten Regierungen erblickt. Es lasse sich jetzt erreichen, welche Entente-Einsparungen die Alliierten Deutschland in der Entwaffnungsfrage stellen wollen. Es sei zu begrüßen, daß die Entente die Verpflichtung eingegangen sei, nach Befriedigung dieser Forderungen die nördliche Rheinlandezone zu räumen.

Die Hindenburg-Regierung, die sich als erste „nationale“ Regierung Deutschlands seit 1918 gezeigt hat, sieht bereits einen Erfolg darin, daß die Alliierten sich auf die Verpflichtung der Räumung festgelegt haben. Die Regierung legt die Befähigung aller Kräfte gegenüber den Verpflichtungen zu und erklärt ausdrücklich, daß sie gewillt ist, ihren vertraglichen Verpflichtungen gewissenhaft nachzukommen.

Bereits heute kann gesagt werden, daß die Hindenburg-Regierung an Unterwerfungsbereitschaft gegenüber der Entente den früheren Einstellungen in nichts nachsteht.

Preßstimmen zur Entwaffnungsnote

Am lautesten kriechen die völkischen und deutschnationalen Wäffler. Die „D. Z.“ schreibt von den „Freundlichen“ der Entwaffnungsnote: „Das Instrument ist mit Ironie und Spott vermischt, eine Anmahnung und Verdrängung der Zeitlosen.“ Die Regierung könne nur mit einem glatten Nein antworten. Die Note sei einfach Heuchelei und ein Mittel, „Deutschland hineinzuweisen und bedingungslos in den Völkerverbund hineinzubringen“, sie sei eine Einmischung in die Gesehrgang und staatliche Selbständigkeit Deutschlands.

Die „Kreuzzeitung“ nennt die Note „einen Rechtfertigungsauftrag“. Es sei ausgeschlossen, Forderungen zu akzeptieren, welche mit der Ehre und den Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes unvereinbar seien.

Die „Tägliche Rundschau“ spricht von einem „Defizit kleinerer Radfahrer“ und von „schweren amnestischen Vernichtungs-forderungen“.

Der „Tag“ läßt sich die Form gefallen, in der Sache aber sei die Note absurd. Er spricht von „Scherz-Methoden“. Unter diesen Umständen werde Deutschland nicht aktiv mitwirken bei der Schaffung internationaler Garantiemethoden.

Der „Berliner Tageblatt“ meint, Verhandlungsmöglichkeiten seien offen.

Der „Vorwärts“ fordert jedoch jenseitigerweise angeblich vom internationalen sozialistischen Standpunkt aus „eine rasche Einigung“.

Englische Preßstimme zur Entwaffnungsnote

Der „Manchester Guardian“ meint, „der gesunde Menschenverstand hätte die Alliierten in diesem Augenblick hindern müssen, seine Bomben in die friedlichen Verhandlungen über den Garantiefest hineinzuschleusen.“ Die „Times“ schreiben mit schloßter Verachtung Spott. Köln werde tatsächlich genannt, sobald die Forderungen der Entwaffnungsnote mündlich erfüllt seien. Frankreich und England seien einig über den Garantiefest, zuerst aber müßte die Entwaffnungsnote durchgeführt werden.

Die Götter kürzen

Halle, den 8. Juni.

Das gewaltige Sinnes-Gebilde, ein bunt zusammengewürfeltes Kongress von Privatunternehmungen, der größte Inflationsgewinnler, ist auf dem besten Wege, zusammenzufallen. Nachdem die Staatsunterstützungen des Berliner Friedens, in denen die so ausgiebigen Geldquellen, die sich an die Meum-Verträge knüpfen, verlegt sind, nachdem die Inflationsgewinne aufgehört haben, und nachdem die Auslandskredite verbohrt sind, steht der Sinnes-Kongress plötzlich vor Zahlungsunfähigkeit. Wechsel in Höhe von 20 bis 30 Millionen Mark, die Ende Juli fällig sind und nicht eingelöst werden können, genügen, um den gewaltigen Kongress zu zerlegen.

Es ist klar, daß allmächtige Bankinstitute durch Kreditrückgaben die Auflösung des Sinnes-Kongresses weiter beschleunigen werden. Das Finanzkapital läßt einen großen Vorstoß gegen die Sinnes-Dynamik im Schilde zu führen, um die Sinnes-Interessen einzugehen. Es ist wahrscheinlich, daß die unorganisch zusammengewürfelten Privatunternehmungen, die wohllos alle möglichsten Zweige der Wirtschaft umfassen, vom Überland bis hinauf zur Zeitung, von den Erben Hugo Stinnes jetzt abgetrieben werden müssen, und daß vorläufig nur ein Gebilde übrig bleibt, das innerlich eine Einheit bildet, nämlich der weltliche Montan-Kongress.

Daß ein so gewaltiger Kongress wie der der Familie Sinnes plötzlich in diesen Abgrund geschleudert wird, ist ein Beweis für die Stärke der alten inneren Wirtschaftskräfte, die verdrängt wird durch die internationale Weltwirtschaft.

Der Sinnes-Zusammenbruch ist die erste große Antwort an die Dames-Revisionisten, zu denen besonders die sozialdemokratischen Kräfte des Sinnes-Kapitals gehören. Die Dames-Revision und Kolonialisierung Deutschlands ist nicht der Anfang zum Aufstieg der Wirtschaft, sondern der Beginn der Wirtschaftsschwierigkeiten in anderer Form, deren Folgen natürlich einseitig auf das Proletariat abgewälzt werden.

Der Kampf der Sinnes soll jetzt ausgehoben werden dadurch, daß die Entwerfer des weltlichen Volkes zur Sanierung des Kongresses verpflichtet werden soll. Sinnes soll antwort geben auf Kosten weiterer Subventionen, größerer Arbeitslosigkeit, höherer Steuerlasten und Hungerlöhne.

Das Gebot der Stunde ist, daß sich das Proletariat gegen die neuen Gefahren in einer einheitlichen Kampfesfront zusammenschließt. Die Kontrolle der Kreditgebung der Reichsbank und der Privatbanken durch die Arbeiterklasse muß erzwungen werden, wenn nicht dem Proletariat unermessliche Schäden zugefügt werden soll. Die Aufgabe der Betriebsräte ist heute mehr denn je, die Kontrolle der Produktions- und Arbeitsbedingungen in die Hand zu nehmen. Dieser Kampf muß Hand in Hand gehen mit der Zurückeroberung des Achtstundentages bzw. der Siebenstundentage unter Tage und mit der Widerwerfung der Zoll- und Steuerangriffe der Bürgerlich-Regierung.

In diesem Sinne sind verdrängt die Kräfte anzuplanen, um eine Kampfeseinheit und eine rote Front aller Ausgebeulten herbeizuführen.

Das allein sind die Voraussetzungen dafür, daß nicht das Proletariat die Kosten des Zusammenbruchs der Sinnes-Kongresse tragen muß.

Der Zusammenbruch des Sinnes-Kongresses wird von der gesamten Berliner Presse in jenseitiger Zustimmung behandelt. „Werte des Sinnes-Kongresses“, „Krisis des Sinnes-Kongresses“, „Fall Sinnes“, „Sinnes-Krisis“ lauten die Überschriften.

Der „Vorwärts“ spricht von einem „rasend schnellen Abbruch“ des Kongresses, von einer „Zurückführung auf seine Kerninteressen“. Das Barnat-Blatt schreibt: „Die Sinnes-Gründungen seien ein „ungeordnetes, unorganisches Gebilde“, daß kein volkswirtschaftliches Ziel habe.“ Sinnes habe nur privatwirtschaftliche und materielle Ziele verfolgt. Die Überbeanspruchung der Expansionspolitik habe die Geldkraft gebremst und zu einer Kreditnotlage geführt. Stilllegungen und Massenentlassungen von Arbeitern stehen bevor. Das genügt zu allgemeinem Alarm. Jenseit das Blut und die Tränen der Inflationsopfer helfen an der Sinnes-Gründung.“ Eine Frage bricht der „Vorwärts“ für seine lieben Barnats und Kautskers mit dem Sinnes, „die Sinnes-Presse habe jenseit „Kongresse zweiten und dritten Ranges“ als ible Gründungen von Fäulern und Schiebern gebildet. Dagegen aber die Sinnes-Gründungen als ein „geniales Werk“ gelobt.“ Der „Vorwärts“ äußert sich selber damit, mein er heute den Sinnes-Kampf, übrigens ganz richtig, mit dem Barnat- und Kautsker

Bluttat der Gendarmerie Severings unter Arbeitern

(Eig. Drahtm.) Berlin, 8. Juni.

Zugleich mit der seit sechs Wochen angelegten und genehmigten Fahnenweihe des RFB. veranstaltete am geistigen Sonntag die Leitener Schützenfest auf einem Plage am östlichen Ende der Stadt ein Schützenfest, während die Frontkämpfer sich auf einem Sportplatz am westlichen Ende der Stadt versammelten. Am Mittag marschierte der Zug der Schützenfest in prozessorischer Absicht und unter Bedeckung einer etwa 20 Mann starken Gendarmerieabteilung von der Stadt her gegen die roten Frontkämpfer, beschimpfte sie als rote Hunde und legten die Gewehre auf sie an. Als die Arbeiter mit empörten Zurufen an die Landjäger antworteten, die dieses Treiben duldeten, zogen diese Klau und schossen auf die Arbeiter, die über den Sportplatz schickten. Sofort schossen die Landjäger hinter den Führenden her, von denen einer nach dem anderen niederfiel.

Mehr als zwanzig Arbeiter wurden verwundet, darunter neun sehr schwer. Ein Arbeiterjambiter, der gerade in gebückter Stellung eine Wunde auszuweichen wollte, wurde durch einen Klüdenhieb getötet.

Die Landjäger verboten den Abtransport der Verwundeten. Es waren aus einer Entfernung von 12 bis 15 Metern etwa 100 bis 120 Schüsse abgegeben worden.

Kurz darauf erschienen zwei Kommandos mit grüner Polizei, die teilweise sich in erregten Worten über die Landjäger äußerten. Als einige Kommandos gleichfalls ihre Entrüstung ausdrückten, schlugen die Landjäger auf sie mit Ausdrücken, wie: „Ihr könnt noch mehr kriegen, wir haben noch mehr in der Pflanze“. Erst nach Ankunft der Schupo war der Abtransport

der Verwundeten möglich. Das Schützenfest ging nach dem Flußbad mit Saus und Braus weiter. Im Rathaus erschienen dann ein kommunistischer Gemeindevorsteher und ein kommunistischer Landtagsabgeordneter, die vom Bürgermeister vertrieben und die Suspendierung der schuldigen Landjäger forderten.

Die „rote Fahne am Montag“ veröffentlicht eine ganze Reihe von Augenzeugenberichten, die förmlich die Mordtat der Landjäger geißeln. Die bürgerliche Morgenpresse macht verheerende Antränkungen, um den wahren Tatbestand zugunsten der Gendarmen zu verfälschen.

Falschüberfall in Remscheid Arbeiter werden verhaftet

(Eig. Drahtm.) Remscheid, 8. Juni.

In der Nacht vom 6. zum 7. Juni erschienen einige Hundert Faschisten vor dem „Wolfsbau“ und verurteilten die schwarzweißen Faschisten zu töten. Die Arbeiter, die sofort alarmiert wurden, schlugen die Faschisten in die Flucht, wobei von Seiten der Faschisten etwa 50 Schüsse fielen. Die Schupo schritt ein und verhaftete etwa 20 Arbeiter. (1) Die Faschisten hatten acht Verwundete, die Arbeiter zwei Verwundete.

Republik, so siehst du aus!

Berlin, den 8. Mai.

In der Stadtverordnetenversammlung in Berlin nahm die bürgerliche Mehrheit aus „moralischen Erwägungen“ den Beschlagnahme der Kronprinzen das silberne Hochzeitsegel, das befanntlich den Wert von einigen Millionen Mark hat, nun doch auszuhandigen. Solche Republikaner verdienen einen solchen Kronprinzen, sie passen zusammen.

Gott auch Preußen ein Stützpunkt der monarchistischen Hindenburg-Front werden?

Massenversammlung

Heute, Montag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark“. Referent: Landtagsabgeordneter Wilhelm Bied, Berlin

Das werktätige Volk, alle Republikaner müssen sich in der Kundgebung überzeugen, daß die „Patentrepublikaner“ nichts anderes sind, als die Begleiter der Reaktion.

Gewerkschaftsbewegung Wo bleibt die Wahrheit?

Vom Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter wird uns geschrieben:

Am „Prestisblatt“ vom 3. Juni hat die Ortsverwaltung der Bauarbeiter Halle unter obiger Überschrift für sich selbst einen heftigen Kampf der Bauer gegen die Halle für sich selbst begonnen. Der Artikelverfasser scheint von Anfang an noch in derselben Verwirrung zu sein, wie immer bei den Verhandlungen mit „St. Nikolaus“. Er schreibt, daß der Einfluß der „Prestisblatt“-Berichterstattung nicht den Mut hatte, seinen Namen zu nennen und daß die Tagesordnung erst in der Versammlung besprochen wurde. Wie oft sind dergleichen Aussagen in den Zeitungen zu lesen! Wenn der Einfluß nicht den Mut gehabt hätte, seinen Namen zu nennen, warum hat er es dann in der Versammlung? Gehört denn Mut dazu, seinen Namen unter einer harmlosen Aussage zu setzen?

Einige Mitglieder des BGB. waren in der Versammlung erschienen und ein Funktionär des BGB. wurde sogar in die Zeitung gewählt, und auf Vorschlag der BGB. Redakteure wurde die Tagesordnung der Versammlung zum 25. Mai einberufen, für den ursprünglichen Namen eine Mitgliederwahl wurde im BGB. geplant war. Um also einseitig vorgehen zu können, wurde dem Vorschlag nachgegangen und die öffentliche Versammlung des „Verbands“ am 25. Mai im großen Saal des „Kaiserpalast“ wurde abgehalten. In dieser Versammlung wurden die Organisationsfragen der hiesigen Bauarbeiter besprochen, dem Arbeitgeberverband die geforderten Forderungen zu unterbreiten. Die Zeitung des BGB. ist selbstverständlich diesem Antrage nachgegangen, die Zeitung des BGB. aber hat den Willen der Bauarbeiter nicht beizubehalten, sondern sie als „Prestisblatt“ zu bezeichnen, was natürlich nicht zuzulassen ist, da es sich um eine öffentliche Sitzung in der Produktiv-Gewerkschaft nicht um eine außerordentliche, für die solche Maßnahme kein Grund vorliegt.

Sofort nach Empfang der Forderung riefen wir den Arbeitgeberverband beim BGB. an, um zu hören, wie sich der BGB. verhalte. Der BGB. hat das traue Zusammenarbeiten mit den Unternehmern nicht fördern will, verweigerte natürlich die Forderungen und hoffte, die Bauarbeiter nicht zu beunruhigen, sondern sie zu beruhigen zu können. Aber die Mitglieder der hiesigen Gewerkschaft sind nicht bereit, dies und das zugunsten der Arbeitgeber zu tun, sondern sie sind bereit, die Arbeit zu unterbrechen, wenn die Forderungen nicht erfüllt werden. Die Mitglieder unserer Organisation, die gearbeitet haben, für unsere Sache und hierfür sind uns die proletarischen Grundsätze maßgebend, die der BGB. nicht beizubehalten will, sondern sie als „Prestisblatt“ zu bezeichnen, was natürlich nicht zuzulassen ist, da es sich um eine öffentliche Sitzung in der Produktiv-Gewerkschaft nicht um eine außerordentliche, für die solche Maßnahme kein Grund vorliegt.

Sofort nach Empfang der Forderung riefen wir den Arbeitgeberverband beim BGB. an, um zu hören, wie sich der BGB. verhalte. Der BGB. hat das traue Zusammenarbeiten mit den Unternehmern nicht fördern will, verweigerte natürlich die Forderungen und hoffte, die Bauarbeiter nicht zu beunruhigen, sondern sie zu beruhigen zu können. Aber die Mitglieder der hiesigen Gewerkschaft sind nicht bereit, dies und das zugunsten der Arbeitgeber zu tun, sondern sie sind bereit, die Arbeit zu unterbrechen, wenn die Forderungen nicht erfüllt werden. Die Mitglieder unserer Organisation, die gearbeitet haben, für unsere Sache und hierfür sind uns die proletarischen Grundsätze maßgebend, die der BGB. nicht beizubehalten will, sondern sie als „Prestisblatt“ zu bezeichnen, was natürlich nicht zuzulassen ist, da es sich um eine öffentliche Sitzung in der Produktiv-Gewerkschaft nicht um eine außerordentliche, für die solche Maßnahme kein Grund vorliegt.

„Aber wieder zum „Prestisblatt“.“ Es heißt dort weiter, daß sich der BGB. von einem bestimmten Verbandsmitglied beunruhigen läßt. Der Bauer, der Strauß, ist nicht völlig einverstanden, als er im Jahre 1919 beim Generalfest zwei Bauarbeiter-Delegierte in einer öffentlichen Versammlung in der Zeitung des Generalfests wählte. Damals wurde freilich der Wind noch aus einer anderen Richtung geblasen.

„Weiter heißt das „Prestisblatt“ gegen den großen russischen Lehrenmeister, der seit dem Weltkrieg als ein „Prestisblatt“ nachgekommen ist. Aber hat voriges Jahr mit Gift und Schläubchen getrieben, als Koch und Bernhard sich angemeldet hatten und der Vorstand zusammen genommen wurde, um die beiden mit Gift und Schläubchen hinter den Vorhang zu führen? Haben wir nicht auf Brauns Anweisungen illegal gearbeitet und mit Erfolg gearbeitet? Da, damals, wie lang ist doch dies schon alles her! Wir sind die hiesigen Bauarbeiter, aber wir sind noch nicht lange her, sie wird den hiesigen Bauarbeitern, die die BGB. Zeitung ihr beim letzten Kampf gegeben hat. Der BGB. soll selbst zu dem die Zulagen, um die der Kampf geführt werden sollte, eine „gemeinliche“ Berechnung hatten. Weshalb trat dann die BGB. Zeitung nicht dafür ein und ließ sich lieber zu einer Streikföderation herabwürdigen? Oder ist es kein Streikführer, wenn Kollmann vom BGB. die Arbeit einstellen und Kollegen vom BGB. dort weiter gehen? Ja, die BGB.-Kollegen haben sogar vorher nicht gesagt und dann die Zulage ihrer Kollegen übernommen! Wenn die freien Gewerkschaften vor dem Krieg die Arbeit einstellen und die streikenden Gewerkschaften die Arbeit weiter führen, was haben wir, als damals Streikführer genannt. Der hiesige Bauarbeiter wird dem BGB. an die Tat noch oftmals erinnern! Wir sind überzeugt, was der BGB. mit einbringen, dann hätten die Bauarbeiter ihre Zulage auf der ganzen Linie errungen.

Die heutige Zeitung des BGB. wird niemals für die Rechte der Bauarbeiter eintreten. Aber trotzdem wird und muß kommen die Einheit. Kollegen im BGB. sorgt für die Befreiung der Arbeiter, die unter dem BGB. nicht vereinigt werden, wie wir 1924 auseinander gegangen sind, eine einheitliche Kampforganisation gegen das Unternehmertum baldig hergestellt wird trotzallem!

Aus dem Ausland-Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation

(Fortsetzung)

Aber mit der neuen Wirtschaftspolitik wurden die Löhne, die vom mehr als die Hälfte einer rationierten Arbeitsarmee bekommen waren, wieder der Gegenstand freier Verträge, gewerkschaftlicher Unterhandlungen und staatlicher Regelung. Und mit der Stabilisierung der Währung begannen die Naturalien, die sich bereits in händigen Käufen befanden, ebenfalls zu verschwinden. Somit ist es noch bezeichnend, wird ihr Wert vom Gelde zu den laufenden Marktpreisen abgesenkt.

Die optimistische Theorie des Bolschewismus, daß ein neuer Weltfrieden die Lebensnotwendigkeiten für alle in einer neuen Energie, Erfahrung und Leistung dem öffentlichen Wohle zur Verfügung stellen würde, wurde durch die Erfahrung der Jahre 1918 bis 1921 nicht gerechtfertigt. Sie hat jetzt dem vollen Maß gemacht, einen den Lebensnotwendigkeiten sicheren Lohn zu zahlen und die produktive Produktion durch weitere Entlohnung zu fördern, wie Silber-Lohn, besondere Löhne für Spezialisten und Auswärtigen im Exportgeschäft. Dieser Lohn ist selbst von der kommunistischen Internationalen auf jene Angehörigen angewendet, auf die, da sie nicht Mitglieder der Partei sind, man sich nicht verlassen kann, doch sie eine eigene Entlohnung in Geld ihr Bestes hergeben werden. Es wird jetzt vorgeschlagen, das System auf Angehörige im Staatsdienst und in Gewerkschaftsberufen auszuweiten, so daß ihre Entlohnung dadurch, daß man ihnen einen Prozentsatz von ihren Gehältern zahlt, auf die von Gewerkschaften im Privatsektor erhöht werden kann. Gegenwärtig ist die Lohn der Leistung des Privatsehlers, des Staatssehlers und des Gewerkschaftsehlers im Allgemeinen ein wie 118 zu 92 zu 89.

Während der Zeit, da die Währung täglich im Werte fiel, spielten die Preisregulationen bei den Löhnen eine große Rolle, und die Gehälter wurden in „Arten“-Rubeln berechnet, auf Grundlage eines „Arten“-Baus, das jenem je täglich ist, das sich unter den gleichen Verhältnissen in Deutschland bildete. Zuerst berechneten gewisse

Bauarbeiterkreis bei Mag. Beder, Halle

Die Gerichte auf Kaufleute haben die Firma Mag. Beder, Halle, die bisher 54 bis 55 wöchentlich Stundenlohn erhalten, hatten die gleichen Löhne wie die Bauarbeiter gefordert. Die der Unternehmern jegliche Verhandlung absieht, ist die Belegung gefordert, in den Streit getreten. Die Kollegen werden ermahnt, auf keinen Fall Streikföderation zu verüben.

Mitglieder des Bauwerksbundes für Aufnahme der Ausgeschlossenen

In einer am 26. Mai in Stößberg im Ergebirge stattgefundenen öffentlichen Bauarbeiterversammlung wurde zur Herstellung einer geschlossenen Kampforganisation der Bauarbeiter von einem Kollegen des Bauwerksbundes eine Resolution für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Mitglieder des Bauwerksbundes eingebracht. Gegen die Aufnahme wurde sich nur der oberrheinische Gewerkschaftsbund von der Chemnitz-Baugewerkschaft. Die von hundert Kollegen beschlossene Resolution nahm aber einstimmig folgende Resolution an:

„In Anbetracht der Situation der Bauarbeiterkreise verlangen wir die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Bauarbeiter von der Halle in den Bauwerksbund, um eine geschlossene Kampforganisation der Bauarbeiter zu herzustellen.“

Was sagen die Metallarbeiter?

Die DVB-Mitglieder Kohn und Keller in Wald im Rheinland haben bei einer Wahlversammlung für den schlesischen Brandenburger-Kreis in Ruedow die für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterbund in München statt für den freigewerkschaftlichen für den deutschen Kandidaten gestimmt. Nach Ruedow hatten drei Arbeitervertreter (Mitglieder des DVB) für ihren Kollegen, Keller aber mit den Christen und einem Unternehmervertreter für den deutschen Kandidaten gestimmt, so daß Kohn als Vorkämpfer den Ausschlag gab. Und Kohn gab den Ausschlag für die Christen gegen seinen eigenen Verbandskollegen, der schon Jahrzehnte in der Gewerkschaftsbewegung steht.

Nachher, bei der Wahl des Delegierten nach München, konnte man erkennen, für welchen Preis Kohn und sein Freund Keller sich hatten lassen. Die Christen und Unternehmer wollten nämlich keine Bestrafung, sondern Stimmen für Keller, der ihnen vorher gehalten hatte, den Christen gegen den freigewerkschaftlichen durchzuführen. Es waren also Umarmungen zwischen Kohn, den Christen und den Unternehmern vorhergegangen.

Englische und deutsche Bergarbeiterlöhne

Das „Berliner Tageblatt“ vom 6. Juni bringt in einem Artikel über den englischen Kohlenbergbau folgende interessante Bemerkung:

Die deutschen Löhne (Bergbau) sind im Durchschnitt seit dem Jahre 1919 von 542 Mt. auf 624 Mt. pro Schicht gestiegen; die englischen von 400 Mt. auf 520 Mt. pro Schicht. Das heißt, die englischen Löhne sind um 28 Prozent, die deutschen um 15 Prozent gestiegen. In England haben sich dagegen die Löhne von 6 Schilling 10 Pence auf 13 Schilling 6 Pence erhöht, das heißt um 40 Prozent. In Deutschland, während die Ausbeute relativ noch stärker gestiegen ist; nämlich von 1,01 auf 0,99 Tonne. In Deutschland beträgt der Lohnanteil an den Produktionskosten nur 30 Prozent, während er in England 70 Prozent ausmacht.

Die englischen Kohlenarbeiter spielen natürlich die deutschen Hungerlöhne häufig gegen die englischen Bergarbeiter aus. Deutsche Arbeiter, wolle ihr diesem Treiben nicht bald ein Ende machen!

Zur Bewegung der französischen Bergarbeiter

Die reformistische Bergarbeiter-Organisation hat ein Zusammengehen mit der CGU. abgelehnt. Daraufhin hat der Unions-Bergarbeiterverband (UB) einen Appell an die gesamte Bergarbeiterbewegung.

Achtung, Arbeiter in den Bäckereibetrieben!

Gute Unternehmern sind drauf und dran, das Nachtbrotverbot in den Bäckereibetrieben mit Füßen zu treten! Die Kommunisten haben am 4. Juni 1925 im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ermahnt, sofort die Verordnung des Handelsministers, die Verletzung des Arbeitsgesetzes in Bäckereibetrieben auf 5 Uhr früh erlaubt, aufzuheben.“

Die Bäckereiarbeiter werden auf tun, aufzukommen und zu verfolgen, wer sich für oder gegen diese Entschlüsse erheben wird. Man soll logenommen, Arbeiterführern weniger auf das Maul, mehr auf die Klauen legen.

Industrien die Löhne in Einheiten der wachsenden Kosten ihres eigenen Produktes; zum Beispiel in Einheiten eines „Mehlrubels“, eines „Leberrubels“ usw. Aber dies verurteilt fast ebenso große Ungleichheiten und Unbilligkeiten wie die vorhergehende Praxis des Kriegskommunismus, den Arbeiter Löhne in den Waren zu bezahlen, die sie herstellen. Diese Zahlungsweise wird demgemäß in die allgemeine Beschaltung in „Arten“-Rubeln umgewandelt. Ein Mindestlohn, das die täglichen Bedürfnisse eines Durchschnittsarbeiters darstellte, wurde aufgestellt; die Kosten dieses Subjektivs wurden gegenwärtig viermal im Monat festgesetzt und der Wert des „Arten“-Rubels wurde dementsprechend bestimmt. Das Ergebnis war ein den Lebensunterhalt sichernde Lohn, wenn er auch ein sehr niedriger war; denn die Arbeiterlöhne lagen im Durchschnitt bei 1/3 des Wertes der Waren, die sie herstellten, was im Durchschnitt nur ein Drittel der Lohnkosten darstellte.

Die Arbeiterlöhne wurden auf tun, aufzukommen und zu verfolgen, wer sich für oder gegen diese Entschlüsse erheben wird. Man soll logenommen, Arbeiterführern weniger auf das Maul, mehr auf die Klauen legen.

Barzahlungen

Im Mai 1923 begann man die Löhne als einen Prozentsatz des gesamten Mindestlohnes festzusetzen. Aber sobald es eine feste Goldwährung (Löhne) gab, begann auch dieses System zu verfallen; und auf Befehl des Obersten Volkswirtschaftsministers vom 13. September 1923 ist die Zahlung von Regierungslöhnen in Goldrubel gebietet worden. Es wurde jedoch daran gedacht, daß alle Arbeiterlöhne in Goldrubel zu zahlen, die Industrie verweigert die Zahlung in Gold nur schrittweise und zuerst für die Transportarbeiter, Metallarbeiter, chemische Arbeiter, das Dones-Beden und den Markt einführte. Mit Ausnahme des Urals gab es jedoch im Winter 1923/24 ein Einlen des Realwertes des Goldrubels auf 80 Prozent im Durchschnitt, das an anderer Stelle erwähnt wird (siehe Währung), was Zulagevergütungen hervorrief. Mit dem Frühjahr wurde die beste letzte Krise, die durch die Zusammenbruch des alten Papierrubels hervorgerufen worden war, vorbei, und es wurde beschlossen, die komplizierte Berechnung in „Arten“-Rubeln aufzugeben und so schnell wie möglich mit Zahlungen in Goldrubeln vorzugehen, die damals schon allgemeines Vertrauen gewonnen hatten. Es gab jedoch im einzelnen bei der Auslieferung große Schwierigkeiten. Eine davon war der zeitweise Mangel an neuer Währung in kleinen Münzen; dies bewog viele Arbeiter Bestände. Doch wurde dies durch zeitweise Bereisung von

Arbeiterlöhne Frankreichs gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß die mitschlägliche Lage des Landes und die Prosperität des Kohlenbergbaus in keiner Weise einen Lohnaufschlag rechtfertigen kann. Es wird nachgemeldet, daß die Lebenshaltungskosten seit der letzten Lohnvermehrung bedeutend gestiegen sind, daß auch dieses dazu beigetragen hat, die Inflationskräfte im Bergbau zu steigern. Der Appell unterbreitet gleichzeitig alle Bergarbeitern die Mahnung, die von Seiten des Unions-Berandes bisher getroffen wurden, um eine gemeinsame Kampforganisation zu organisieren und heißt fast, daß alle Vorläufe bei den reformistischen Führern auf Ablehnung gestoßen sind. Der Nationalrat fordert die Bergarbeiter auf, ihre Verbände zu verlassen, durch eine verdrängte Agitation von unten auf die Einheit zu verweisen und sich bereit zu halten, den Forderungen des Unions-Berandes zu folgen, wenn das Unternehmertum auf seiner Provokation beharrt.

In den Saargruben Schlußstunden

Die Direction der Gruben in Saarbrücken hatte gefordert, daß die sechsundzwanzig Arbeitszeit durch die achtundzwanzig ersetzt werde; der französische Arbeitsminister hat entschieden, daß der Schlußstundenbetrieb beibehalten werden soll.

Der dänische Streit

Ist mit einer dreiprozentigen Lohnerhöhung in allen Betrieben beendet worden. Eine große Widerstand unter den Streikenden hat jedoch gegen diesen Bescheid des Schlichtungsausschusses gestimmt.

Der englische Gewerkschaftsrat bekräftigt das englisch-russische Einheitskomitee

Der englische Gewerkschaftsrat hat als Mitglieder des englisch-russischen Einheitskomitees Smales (Kohlenberg), Citrine (Getreide), Jönsson, Ben Turner und Sims bekräftigt. Auch der allrussische Gewerkschaftsrat hat letztens fünf Delegierte ernannt. Der englische Generalfest bekräftigte sich in derselben Sitzung mit dem ihm in London zugewandenen Antwortschreiben der russischen Gewerkschaften an Amsterd. Dieses Antwortschreiben wird von der Amsterdamer Exekutive heute behandelt.

Neue Literatur

Die deutschen Gewerkschaften und der Kampf um die Einheit

Die Gewerkschaftseinheit markiert. Das kann nicht der widerwärtig reformistische Einheitslabourer nicht mehr betreiben. Zwischen den englischen und russischen Gewerkschaften ist es schon zu einem letzten Kampfbündnis in dieser Frage gekommen. Aber auch in den Gewerkschaften des Kontinents hat der Gedanke der Gewerkschaftseinheit in Millionen von Arbeiterkreisen immer fester Fuß. Das dies nicht in Proletariatsparteien, die den Kommunismus nach fremd gegreifen, zutrifft, zeigen die unabhängigen Anträge zur Gewerkschaftseinheit, die in Gewerkschaftsversammlungen zu den verschiedenen Verbandstagen und zum Gewerkschaftsalltag gestellt wurden. Das alles ist ein Grund mehr für die schließlichen Gegner der Einheit, die deutschen Gewerkschaften, die sich dem Kampf gegen die Einheit noch schämeier und intransigent zu führen.

Hier kommt die vom Genossen Friedrich Söder verfasste Broschüre zur geeigneten Zeit, um unseren Genossen an dessen Verantwortungen der Einheit in den Gewerkschaften und Betrieben das geeignete Material in die Hand zu geben. Die Schrift trägt alle Zeichen der Einheit als Jahreszeit zwischen Amsterd. und Moskau geschweigt, alle Beschlüsse, Aufsätze und Dokumente, die vom BGB. oder von russischen und englischen Gewerkschafts-Generalrat einzeln oder gemeinsam gefaßt und herausgegeben wurden. Neben dieser für jeden Gewerkschaftler unentbehrlichen Materialausstattung wird in der Schrift die Stellungnahme der Freunde und Feinde der Einheit in der Einheit in einzelnen Ländern, die auch international, ausgeführt. Anlässlich der jetzt angehenden Gewerkschaftsalltag überall geführten Debatte über die Gewerkschaftseinheit ist die wichtige Bedeutung dieser Schrift ein Gebot der Notwendigkeit. Sie ist für jeden Arbeiter, jeden Funktionär eine wichtige Waffe im Kampfe um die notwendige Herstellung der Gewerkschaftseinheit.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Metallarbeiter, Halle. Dienstag, 26. Juni, wichtige Fraktionslösung im „Prestisblatt“. Alle Genossen müssen erscheinen.

Eisenbahner Halle. Dienstag, 26. Juni, wichtige Fraktionslösung in der Produktiv-Gewerkschaft, Zimmer 4. Alle Eisenbahner-Genossen müssen unbedingt erscheinen.

Barzahlung. Am Mittwoch, dem 10. Juni, abends 8 Uhr, findet im „Schützenhaus“ die halbjährliche Kartellung statt. Die Delegierten haben die Pflicht, reiflich und pünktlich zu erscheinen.

Papiergeld und dann durch die neuen Silber- und Kupfermünzen besetzt.

Der Mangel an Betriebskapital in der Industrie verursacht noch Verpätungen bei der Barzahlung, aber diese machen jetzt viel weniger aus, da die Währung stabilisiert ist und Kaufkraft ihren Wert nicht verlieren. Sie sind jedoch die Hauptursache von Unzufriedenheit im gewerkschaftlichen Lager.

Der allgemeine Durchschnitt der Löhne scheint sich jetzt drei Viertel der Vorkriegslöhne zu nähern, da er in der Schwerindustrie mehr als die Hälfte des Vorkriegeslohn beträgt und in der Leichtindustrie nahezu den vollen Vorkriegeslohn ausmacht. Im Mai 1924 betragen die Lohnsätze in allen Industrien zusammen 83,3 in der Schwerindustrie 116,9, in der Leichtindustrie 100,8, in der Textilindustrie 88, in der chemischen 82, in der Bergwerksindustrie 52,1, bei den Eisenbahnern 41, bei den Metallarbeitern 31,9.

Im Oktober 1924 waren die Löhne der Metallarbeiter auf 30 Prozent erhöht worden, die der Eisenbahner auf 50 Prozent, die der Bergarbeiter auf 40 Prozent. Die Löhne in der Schwerindustrie im allgemeinen 83 Prozent der Vorkriegeslöhne und in Leningrad 81,6 Prozent. Die Zahlen sind aber nur insofern maßgebend, als sie eine allgemeine Bewegung zeigen. Der allrussische Zentralgewerkschaftsrat bekräftigt jetzt, die Löhne in der Schwerindustrie und im Transport zu erhöhen, und die Ungleichheiten zu beseitigen. (Schluß folgt.)

Halle und Saalkreis

Mittelind-Zauber

Das Städtische Soubas Mittelind war schon immer die Weltstadt national-dominanter Verkehr. Hierin hat sich auch in diesem Jahre nichts geändert oder doch höchstens in der Weise, daß seit der Krönung der „Bismarck“ die Reaktionen aller Schichten-Sindendungs aus dem Mittelind (solange die Stadt-Verwaltung Oberhaupt führt) in Mittelind (solange die Stadt-Verwaltung nicht fertig ist) einen Tummelplatz für ihre vorläufigen Gefühle finden.

Der Arbeiterstand könnte es im Grunde recht gleichgültig sein, wo dieser nationale, geistliche Hof seine B e r e i t u n g e n trifft. Da aber bekanntlich auch das Soubas Mittelind aus der Wohlstand, der mit der Fülle von den Steuerzahlern der westlichen Einwohner gefüllt ist, erhebliche Zufüsse verlangt, wird es die Arbeiterheit doch interessieren, was die Zufüsse verwendet werden.

Regelmäßig an vier bis fünf Tagen in der Woche früh morgens um 7 Uhr, also zu einer Zeit, wo der Arbeiter schon frohlockt, um feiert, treffen sich in Mittelind die „Halle und Saal“-Gemeinschaften zum Frühlingsfest. Ganz wenige dieser Frühlings sind heraufgeführt in einem Angestelltenverhältnis tätig. In der Hauptsache handelt es sich bei diesen Besuchern der Vormittagskonzerte um Angehörige der sogenannten ersten Berufe, wie: Metzger, Metzgermännchen, oder selbständige Kaufleute und westliche in der „Halle und Saal“-Gemeinschaft ihren Koffer zu sich. Auf die Musik wird weniger Obacht gegeben, mehr unter dem sich über irgend eine geistliche Sache, jetzt sich gegenseitig die Gedärben nach der neuesten Mode geerdicht oder schneidet einander die Kur. Am Nachmittag wiederum trifft sich hier die Besuche Besuche des weiblichen Geschlechts (Jüngeren und Älteren Datums) bezieht. Dies ist die Hauptbeschäftigung unter den Klängen eines starken Dreiviertels, Stadt- und Familienklaus zu betreiben. Am Abend aber geht das Mittelind dem nationalen Hof. Hier treffen sich irgendwelche westlichen Verbänden angestrichelte Studenten, Akademiker, Handlungsgehilfen, sowie kleine Handwerkermeister und übriges Kleinbürgertum. Spiegeburg ist am Abend Trümpf. Der Gott der Rechte wachende Licht, jetzt hier, unter vielen Sclaven-nationen dominanter Drogen. Es kommt es vor, daß der Värm dieser armenigen Helms selbst ein 120 Mann starkes Dreiviertel bezieht. Militärische wechelt in bunten Reihen und verschiedenen Ehren und abgebenen Hof von Strauß und Wagner.

Idyllisches Duettierte 1812 (Strand von Moskau) mit genialer Beleuchtung findet begeisterten Beifall. Doch wie ein toter haben sich die durch die Komposition das Lied der Arbeiter:

Wohin, war Recht und Wahrheit endet,
zu unsrer Fahne hebt zu hoch!
Wenn auch die Zug uns noch ummauert,
Was steigt der Morgen hell herauf!

Den Höhepunkt des letzten Konzertes in Mittelind bildete Caros „grobes patriotisches Langemal“. Aus Deutschlands großer Lied. Den sentimentalen Wesen vom Wälschredemmen folgt der Hof wie Donnerhall, dann kurz es (stimmlich edel) Kartoffelapp, Kartoffelapp, den ganzen Tag Kartoffelapp. — tut-tut-tut — und dann beginnt der Zauber. Unter den Klängen des Karrier Einzugsmarsches entläßt sich ein Feuerwerk, das bald den ganzen Mittelindorten in ein großes Nebelmeer von Pulverbambus füllt. Des 120 Mann starkes Dreiviertel ist schon lange nicht mehr zu hören, es ist der müde Värm der patriotischen Götter wird von dem obenstehenden Genietter der verschiedenen Feuerwerkskörper überzogen. Bald hört und sieht man nichts mehr. Nur in den Klängen der Hurrapatrioten sieht man den Schimmer einer Begeisterung, der bemerkt, daß in diesen Mittelindzauber ein System steht, das seine Wirkung auch nicht verliert. Das Publikum rafft vor Begeisterung und erregt sich vor dem Wärm des Wälschredemmen einen heiligen Militärmarkt. (Nationalistischer Feindeskreis etc.)

Es ist ganz schmerzhaftlich, daß die Unkosten eines solchen kostspieligen Lebens nicht durch die Eintrittspreise gedeckt werden. Aber das bereitet der „nationalen Götter“ feierliche Abdruck, die weil wir je in Halle wohlwollende Stadtbürger haben, die um der lieben Hindenburg-Einheitsstern willen für derartige Feste gern einmal tief in den Geldbeutel greifen und sich patriotischen Säugens-dämmungen finanzieren. Warum auch nicht? Lechten Endes bezieht ja doch den ganzen Kammeler der arme Mann, dem alle Steuern angesetzt werden und der dieses Koch trägt ohne auch nur den Versuch zu machen, sich von ihm zu befreien. Der feste Zusammenhalt aller westlichen Hände und Kopfarbeiter würde auch diesen Geistesputz in Mittelind bald ein Ende machen.

Wieder ein Kriecher-Rummel

Mitteldeutscher Künstlerfest. Inhalt: Kommerz mit Alkohol, schöne Reden, Futura-Gebäude, im dem Sonntag-Umzug mit Musik in Stad und Angländer sowie dem Kriecher-Rummel auf der Brunn zur Künstlerfesten und zurück zum „Stabsführerhaus“. Hier selbst wieder Musik, schöne Reden, Alkohol und noch einmal Alkohol („Wir danken unter Oma ihr klein Säuschen“). Am Abend war dann ein erheblicher Teil der Kriecher bestritten wie die Strandtanzen. Der Kriecher-Rummel ist ein höchst schmerzliches großes patriotisches Wälschredemmen mit nachgelagerten Kriecher-Rummel. Ja, je es wäre mit der nationalen Sache wirklich schimm bezieht, wenn Hindenburg keine Strandtanzen hätte.

Ein tüchtiger Patriot

Im der Kaufmann G. K. R. R. R., ehemaliger tüchtiger Wegweiser und vorheriger Landjäger. R. R. R. hatte einen ganz raffinierten Plan ausgedacht, wie man auf leichte Art und Weise Geld verdienen kann. Er informierte sich, daß es keine herrliche Wohnung gegen angemessenen Aufwand abgeben wurde. Natürlich medienhaft im Laufe der Wohnung ist die Interessenten, denen es allen gegen eine entsprechende Abkündigung keine Wohnung abstrat. Er erzählte den Wohnungsuchenden, daß er nach Vitauen wollte und machte hinterher die Verträge wieder rückgängig, weil er angeblich seine Einzelverleumdung befürchte, da er als bekannter Kriecher gegen den Kriecher-Rummel der „Kriecher-Rummel“ habe. Die Kriecher-Rummel verdrängen er jedoch nicht, hat er aber bis heute immer bezeugt. Auf diese Weise verdient sich R. R. R. einen tüchtigen Laufend Markt, die er in zweifelhafte Gesellschaft fähig umsetzt.

Der Gericht anwesender R. R. R. als ein tüchtiger Patriot und sucht die Richter zu beeinflussen, ein mildes Urteil zu sprechen, da er es doch immer tiefer Schicks gegenüber dem Vaterland in der Bekämpfung des inneren und äußeren Feindes getrieben habe. In demselben Wert seien er auf die Größlichkeit zu legen, doch es tatsächlich gegen die Kriecher-Rummel gestampft habe und jederzeit bereit gewesen sei, dem Vaterland Gut und Blut zu opfern.

Dies Monate Gefängnis, von denen R. R. R. noch zwei abziehen braucht, ist das Urteil für den patriotischen Betrüger. R. R. R. wird seinen mühen Richter dankbar sein.

Die Arbeit eines Ministers

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt verweist an die Oberpräsidenten folgende Ratschläge:

Die neuerdings in zunehmendem Maße beobachtete Verwendung jugendlicher Sammler und Sammlerinnen bei öffentlichen Zeichen- und Hausausstellungen gibt in merkwürdiger Beziehung zu Bedenken Anlaß. Einmal hind dabei die Jugendlichen der Bestimmung ausgesetzt,

Zum Internationalen Holzarbeiterkongress

(Von einem russischen Genossen)

Am 20. bis 22. Juli ist nach Brüssel der Kongress der Internationalen Union der Holzarbeiter, Amierbaum, einberufen. Unter anderem steht auf der Tagesordnung die Frage des Rückzuges und Stärkung des Internationalen sowie Verhältnis zur Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang ein Antrag des Delegierten Goppo vom englischen Holzarbeiterverband, der bereits im Verlaufe der Verhandlung der Union den Antrag stellte: alle der I.H.U. nicht angehörenden Verbände zum diesjährigen Internationalen Holzarbeiterkongress zur Teilnahme einzuladen.

Von einem weiteren Unmitglid, der italienischen Holzarbeiter-Verband, wurde auf dem letzten Verbandstage — der am 30. November und 1. Dezember 1924 in Mailand tagte — die gleiche Forderung eingebracht. Trotz aller Klänge gegen die Einheit und gegen die Kommunalen leitens des Sekretärs des italienischen Gewerkschafts, bündes D'Annunzio, unterlagen die Reformisten und Einheitsgegner, die kommunale Forderung für nationale und internationale Bezugs- sowie Gewerkschaftseinheit legte mit 83 Prozent aller Delegierten hinweg, was heißt der internationale Holzarbeiterkongress Wendenberg nicht. Haltung nimmt ein ganz anderer Holzarbeiterverband ein, darunter der Schweizerische Bau- und Holzarbeiterverband, Zürich, dieser sah auf seinem letzten Verbandstag 1924 den folgenden Beschluß:

Der Zentralvorstand wird beauftragt, alles zu tun, damit die Bau- und Holzarbeiterverbände aller Länder einigstimmig auf Grund einer einheitlichen internationalen Gewerkschaftsorganisation zusammengeführt werden.

Dies erfolgte deshalb, weil eine ganze Anzahl Holzarbeiterorganisationen nicht der I.H.U. angehörend sind. So in der Tschekoslowakei, Argentinien, Australien, Rußland, Amerika, Rußland, Finnland, Bulgarien.

Der Schweizerische Verband hatte bereits einmal eine Rundfrage bei den der I.H.U. angehörenden Organisationen erhoben, ob sie mit dem Ausbau und der Stärkung der Union durch Aufnahme des russischen Verbandes einverstanden sind. Diese Rundfrage erbrachte mit dem Resultat: 9 Verbände für und 11 Verbände gegen die Einladung des russischen Verbandes zum letzten Internationalen Kongress in Zürich 1922 in Wien, während zwei Verbände sich unentschieden in dieser Frage verhielten. Trotzdem wurde der russische Verband zum Kongress zugelassen, jedoch die Aufnahme nicht beschloffen.

Im nun der immer bedrohlicher werdenden Öffnung des internationalen Kapitals und Unternehmertums die einheitlich geschlossene Holzarbeiterorganisationen und Internationalen Kongress in Zürich 1922 einen neuen Schritt unternehmen und sich an alle Holzarbeiterorganisationen der Welt gemacht, ob sie der I.H.U. angehörend sind oder nicht und um schnelle Beantwortung folgender Fragen im zukünftigen Sinne gebeten:

1. In Euer Verband einverstanden, daß vom Sekretariat der Internationalen Holzarbeiterunion in der Union angehörenden Holzarbeiterverbände und Internationalen Holzarbeiterkongress in Brüssel im Juli 1925 eingeladen werden?
2. In Euer Verband für die Aufnahme des russischen Holzarbeiterverbandes in die I.H.U. und aller anderen Holzarbeiterverbände, sofern sie sich um die Aufnahme bemühen?

Eine ganze Anzahl zukünftiger Antworten sind bereits erfolgt, so vom Verband der Holzarbeiter in der tschechoslowakischen Republik, vom finnischen Holzarbeiterverband, von der schwedischen Holzarbeiter-Verband und Reichsverband, von der ungarischen Holzarbeiter-Verband Frankreichs usw.

Auf dem Verbandstage der letzteren am 13. April sprach unter anderem der Delegierte Capp von der Holzarbeiterföderation Englands, der in seinem Vortrage für den Zusammenhalt der Berufsverbände an den ihnen anvertrauten Spenden Beurentrungen zu begehren, gegen die auch die Verwendung tief verschleißbarer Sammelbüchlein einen schweren Eindruck gemacht hat. Die russische Holzarbeiter-Verband scheint die Aufgabe, an hellesche Fremde mit der Bitte um Spenden heranzutreten, wegen der nachgelagerten Gefahr einer nachteiligen Beeinflussung der Charaktereinstellung schon an sich wenig geeignet, Kinder und Jugendlichen übertragen zu werden. In diese Hinsicht ergeht, in Zukunft die Erteilung von Genehmigungen zu öffentlichen Schulen und Gewerkschaften in allen Fällen davon abhängig zu machen, ob als Sammler keine Kinder und keine Jugendlichen unter 18 Jahren verzeichnet werden. Soweit es in einzelnen Fällen aus besonderen Gründen angelegt erscheint, eine Ausnahme zuzulassen, ist meine Entscheidung einzuholen.

Der Herr Minister, dem das Wohlergehen des Volkes scheinbar sehr am Herzen liegt, sich mit diesem Erlaß den ihn unterstellten Behörden, Gewerkschaften und Gewerkschaften in allen Organisationen noch größere Schwierigkeiten in den Weg zu legen, als es bisher möglich war. Selbstverständlich werden die Polizeibehörden im weitestgehenden Maße Ausnahmen machen und auch Kinder und Jugendliche zur Sammelbüchlein zulassen, wenn es aus „anderen Gründen“, zum Beispiel: dem Wohl der Sammler, Elternlosen, Elternlosen und anderer nationaler Propagandazwecken usw. angelegt erscheint. Gewerkschaftliche Betrüger und Verbrecher mit nationaler Gesinnung, wie Spionage und Konjunktur werden von diesem Erlaß überhaupt nicht betroffen und können weiterhin Sammelbüchlein für die nationale Sache herausgeben und die gesammelten Beträge für sich verwenden. Diese Arbeit des Ministers ist höchstwert.

Warnung vor einer Betrügerin

Seit längerer Zeit schädigt eine teuflische Betrügerin in den verschiedenen Städten meist arme Frauen. Auch in Halle ist sie schon aufgetreten. Sie spricht ältere Frauen auf der Straße an und erklärt, daß sie von einem Wohlthätigkeitsverein komme und in der Lage sei, Kleider, Kohlen und dergleichen zu beschaffen. Sie hat sich Frau Amtspräsidentin Köhler und Frau Lorenz genannt. In der Regel lacht sie die Angeredeten in der Wohnung an, läßt sich Ausstaus über deren Verhältnis stellen und erhebt einen größeren Gelbtschein wechseln. Dabei versteht sie es, sich Wohlwillen über den Aufmerksamkeitsort der Elternliste zu verschaffen. Nach kurzer Zeit verlangt sie ein Glas Wasser und benutzt dieses Augenblick, um die Elternliste zu hehlen. Die Liste ist etwa 10 Jahre alt mittelfragel und hat ganz andere Aufschriften. Im weiteren Schädigungen verurbeugen, ergeht diese Warnung mit der Bitte, laudensliche Wahrnehmungen der Kriminalpolizei mitzuteilen.

Dieses betrügerische Frauenzimmer scheint mit den Müttern jener „vornehmen“ Kreise, die mit ihrer zweifelhafte Wohlthätigkeit eine umfangreiche Reklame machen, sehr gut vertraut zu sein. Vielleicht wird die Polizei einmal in den Reihen Wohlthätigkeit handelnder Vereine.

Selbstmord auf den Schienen der Reichsbahn A.-G.

Der Polizeibericht meldet: Am 5. Juni 1925 gegen 8 1/2 Uhr vormittags wurde auf dem Gleis der Halle-Tübingen Strecke eine unbekannt männliche Leiche mit abgetrennter Kopf aufgefunden. Angehängt liegt Selbstmord mit

Befahrung: 178 Meilen hoch, dunkelblond, Erde bei 80er Jahre alt, Bekleidung: braune, dunkelblond, ein blaues Westmäntel, ein braun mit weißen Streifen, graue Strümpfe und schwarze Schühchen.

Im Bezirk des Toten befand sich ein weißes Taschentuch mit einem schmalen roten Streifen in der Mitte, eine Remontieruhr Nr. 113 251, an der der hintere Dattel fehlt, eine Uhrkapsel, eine Nadelkapsel, die liegend aus vier Streifen mit Schieber und zwei Nadeln, ein kleiner Koffer mit einem Koffer, ein Programm von einem Frühlingsfest in der „Saalhofbrauerei“ und ein Programm vom Holzarbeiterkongress: „Gartenfest, Kreis Duerst“.

kämpf und aufforderte, alle Kräfte in den Dienst der Einheit zu stellen. Auch der Sekretär Goppo von der britischen Wälschredemmen-Verband, die vor dort anwesend und lachete: „Am den gemeinsamen Feind zu schlagen, müssen wir eine geeinte Internationalen haben, die alle Arbeiter der Welt umfaßt.“

Selbst der schwedische Dreher-Industriearbeiterverband hat den Schweizern geschrieben: „Wir sind mit Ihnen darin einverstanden, daß wir danach streben sollen, daß die Holzarbeiterorganisationen in allen Ländern einer und derselben Internationalen angehörend seien.“

Der dänische Holzarbeiterverband schrieb: „Es dürfte überflüssig sein zu bemerken, daß auch wir mit Freude die einige Arbeiterfelle vereinigt in einer internationalen Einheitsorganisation begrüßen werden.“

Mande anderen Verbände befürchten, daß der Schweizerische Verband einen Sonderbeschlus in dieser Frage beschließen könne, was gar nicht der Fall ist. Einzig und allein die Delegierten der einzelnen Landesorganisationen auf dem kommenden Kongress werden selbst darüber entscheiden, jedoch ist die Stellungnahme zu dieser Frage schon vorher innerhalb der Mitgliedschaft jeder Organisation notwendig. Im breiten Sinne ist der unternehmene Schritt nur zu begrüßen, und unter Aufgabe wird es sein, ihn mit allen Mitteln tatkräftig zu unterstützen. Und das ist es gerade, was die internationale Holzarbeiterkongress Wendenberg offenbar beschließt. Dies ergibt sich deutlich aus letzter Rundfrage, die am 1. Dezember 1924 in Brüssel durch den russischen Holzarbeiterverbandes vom 23. Februar:

„Angelichts bevorstehenden Kongresses Eurer Union schlägt Zentralkomitee Holzarbeiterverbandes Gewerkschaften nochmals ihren Wunsch, Union beizutreten. Bitten, diese Frage Kongress vorzulegen. Zentralkomitee: Rabanow, Dolatin.“

Anlaß zu erklären, daß dieser Aufnahmearbeit des russischen Verbandes auf dem bevorstehenden Kongress vorgelegt und zur Diskussion darüber entscheiden, jedoch ist die Stellungnahme zu dieser Frage schon vorher innerhalb der Mitgliedschaft jeder Organisation notwendig. Im breiten Sinne ist der unternehmene Schritt nur zu begrüßen, und unter Aufgabe wird es sein, ihn mit allen Mitteln tatkräftig zu unterstützen. Und das ist es gerade, was die internationale Holzarbeiterkongress Wendenberg offenbar beschließt. Dies ergibt sich deutlich aus letzter Rundfrage, die am 1. Dezember 1924 in Brüssel durch den russischen Holzarbeiterverbandes vom 23. Februar:

„Angelichts bevorstehenden Kongresses Eurer Union schlägt Zentralkomitee Holzarbeiterverbandes Gewerkschaften nochmals ihren Wunsch, Union beizutreten. Bitten, diese Frage Kongress vorzulegen. Zentralkomitee: Rabanow, Dolatin.“

Anlaß zu erklären, daß dieser Aufnahmearbeit des russischen Verbandes auf dem bevorstehenden Kongress vorgelegt und zur Diskussion darüber entscheiden, jedoch ist die Stellungnahme zu dieser Frage schon vorher innerhalb der Mitgliedschaft jeder Organisation notwendig. Im breiten Sinne ist der unternehmene Schritt nur zu begrüßen, und unter Aufgabe wird es sein, ihn mit allen Mitteln tatkräftig zu unterstützen. Und das ist es gerade, was die internationale Holzarbeiterkongress Wendenberg offenbar beschließt. Dies ergibt sich deutlich aus letzter Rundfrage, die am 1. Dezember 1924 in Brüssel durch den russischen Holzarbeiterverbandes vom 23. Februar:

„Angelichts bevorstehenden Kongresses Eurer Union schlägt Zentralkomitee Holzarbeiterverbandes Gewerkschaften nochmals ihren Wunsch, Union beizutreten. Bitten, diese Frage Kongress vorzulegen. Zentralkomitee: Rabanow, Dolatin.“

Anlaß zu erklären, daß dieser Aufnahmearbeit des russischen Verbandes auf dem bevorstehenden Kongress vorgelegt und zur Diskussion darüber entscheiden, jedoch ist die Stellungnahme zu dieser Frage schon vorher innerhalb der Mitgliedschaft jeder Organisation notwendig. Im breiten Sinne ist der unternehmene Schritt nur zu begrüßen, und unter Aufgabe wird es sein, ihn mit allen Mitteln tatkräftig zu unterstützen. Und das ist es gerade, was die internationale Holzarbeiterkongress Wendenberg offenbar beschließt. Dies ergibt sich deutlich aus letzter Rundfrage, die am 1. Dezember 1924 in Brüssel durch den russischen Holzarbeiterverbandes vom 23. Februar:

„Angelichts bevorstehenden Kongresses Eurer Union schlägt Zentralkomitee Holzarbeiterverbandes Gewerkschaften nochmals ihren Wunsch, Union beizutreten. Bitten, diese Frage Kongress vorzulegen. Zentralkomitee: Rabanow, Dolatin.“

Anlaß zu erklären, daß dieser Aufnahmearbeit des russischen Verbandes auf dem bevorstehenden Kongress vorgelegt und zur Diskussion darüber entscheiden, jedoch ist die Stellungnahme zu dieser Frage schon vorher innerhalb der Mitgliedschaft jeder Organisation notwendig. Im breiten Sinne ist der unternehmene Schritt nur zu begrüßen, und unter Aufgabe wird es sein, ihn mit allen Mitteln tatkräftig zu unterstützen. Und das ist es gerade, was die internationale Holzarbeiterkongress Wendenberg offenbar beschließt. Dies ergibt sich deutlich aus letzter Rundfrage, die am 1. Dezember 1924 in Brüssel durch den russischen Holzarbeiterverbandes vom 23. Februar:

„Angelichts bevorstehenden Kongresses Eurer Union schlägt Zentralkomitee Holzarbeiterverbandes Gewerkschaften nochmals ihren Wunsch, Union beizutreten. Bitten, diese Frage Kongress vorzulegen. Zentralkomitee: Rabanow, Dolatin.“

5. Sommerkonzert im „Volkspark“

Am die Programme der Sommerkonzerte vielseitig zu gestalten, hat Musikdirektor Schilke (Leipzig) für das am Dienstag, dem 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, stattfindende 5. Sommerkonzert ein voluminöses Programm aufgestellt. Eine Reihe unserer schönsten Lieder, Kinder- und Volkslieder werden mit uns unter der Leitung des Musikdirektors Schilke stehende Orchester zum Vortrag gebracht. Gleich als Einleitung läßt ein Kinderlieder-Marsch von Fischer, hierauf folgt die Ouvertüre „Die lustigen Weiber von Windsor“ und der Teil schließt mit einer Paraphrase über das Lied „Aus der Jugendzeit“. Den zweiten Teil eröffnet die Ouvertüre zu dem Singspiel „Die drei Buben“, der folgt ein offenes Lied „Solange ich ein Hehl“, ein elastisches Buerentanz und zum Schluß das Volkslied „Schön ist die Jugend“, ein Strauß der bestemalten Volkslieder. Den dritten Teil eröffnet ein Walzer „Ein Sommerabend“ von Waldteufel und zum Schluß, folgt eine Fantasia über Deutsche Volkslieder von Raan. Also ein Programm, das besonders für Herz und Gemüt eingeleitet ist. Ein gewunderter Abend ist zu erwarten.

Am 18. Juni, am Freitag, dem 5. Juni, nach so langem Kantenlager unzer Genosse Paul Schütz, die Beerdigung findet morgen, Dienstag, nachmittags 2 1/2 Uhr auf dem Gräberdenkmal Friedhof statt. Willst eines jeden Genossen ist es, an der Beerdigung teilzunehmen. Die Distriktsleitung:

Stadtkomitee. Am heutigen Sonntag 7 1/2 Uhr, „Coff in tute“, Dienstag zum erstenmal in dieser Spielzeit und in neuer Umgebung „Eduard Wibel“, Kuppel von Wälschredemmen, in Mitnag, 10 1/2 Uhr, Donnerstag, „Schöne, Schöne“, Freitag in neuer Umgebung, „Schöne“, Samstag, „Schöne, Schöne“, Sonntag, „Grün Maria“.

Die Telephonate von Richard Strauß wird anlässlich der Werkzeuge „Stadt und Land“ im Stadtkomitee zur hiesigen Einführung kommen. Als Gäste wurden gewonnen Frau Emma Schwanninger und Herr Caspar Reutem (als Pöppel und Joleph), beide von der Staatsoper in Berlin.

Aus der Jugendbewegung

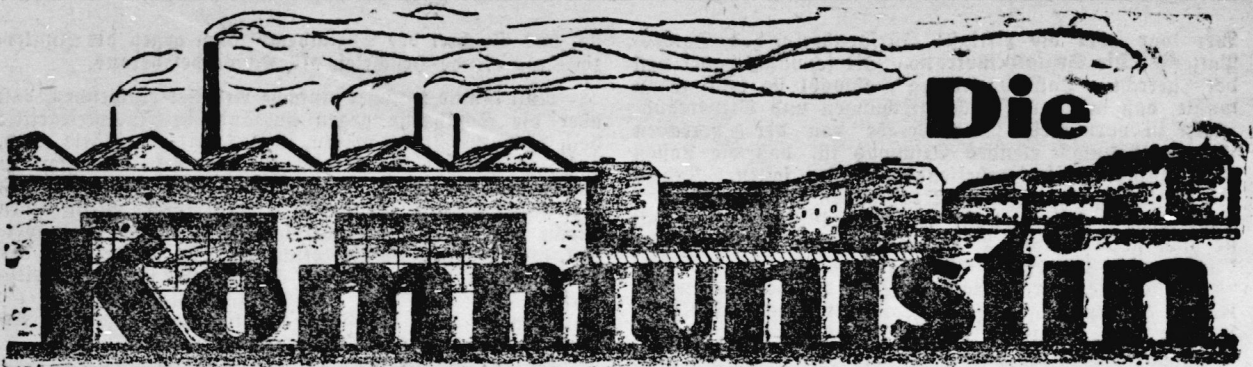
Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle

Seit abend 8 Uhr in der „Produkt-Gemeinschaft“ Beerdigung, alle Vorstandsmittglieder haben zu erscheinen.

Verantwortlich: Wolf G. G. G., Eisenbahn für den tschechoslowakischen Teil für den Verlag und Organisations: Fritz K. K., Halle, Größlichkeit 14.

Fahrrad-Gummi-Bieder

George G. G., Halle (West)



Hungerzölle — Hungerlöhne

Mit den Plänen der Hindenburg-Regierung, die Industrieartikel und Lebensmittel, die aus dem Auslande nach Deutschland eingeführt werden, mit hohen Zöllen zu belegen, ist eine Frage angeknüpft, an der jede Arbeiterfrau erkennen kann, wie die „hohe Politik“ zusammenhängt damit, was sie „in ihren Lohf legt“. Denn der Zusammenhang ist doch sehr einfach: Wird auf die Waren, die aus dem Auslande hereinkommen, ein hoher Zoll gelegt, dann werden diese Waren, bis sie in die Hände der Arbeiter kommen, außer dem Gewinn des Fabrikanten und der vielen Zwischenhändler auch noch um diesen Zoll verteuert. Die herrschenden Kapitalisten und Junker wollen damit erreichen, daß aus dem Auslande keine billigeren Lebensmittel und Gebrauchsartikel ihnen Konkurrenz machen und daß sie also in Deutschland ihre Waren auch weiter für Bucherpreise verkaufen können. Denn ihre Rechnung ist doch sehr einfach: Wenn das Auslande, z. B. Rußland, billiges Brotgetreide, billiges Mehl, billige Kartoffeln hereinbringen könnte, dann müßten die deutschen Junker mit ihren Preisen heruntergehen. Wenn billige Stoffe, Haushaltsgegenstände usw. eingeführt werden könnten, dann müßten die Preise der deutschen Waren auch herabgesetzt werden. Wenn billige Maschinen hereinkämen, dann müßten auch die mit Hilfe dieser billigeren Maschinen hergestellten Waren billiger werden. Die Rechnung also, die die Regierung mit den hohen Zöllen aufstellt, ist eine Rechnung, die den Kapitalisten und Junkern

höhere Profite einschaut, den Arbeitenden aber ihre Hungerlöhne weiter kürzen will, denn wenn die Waren teurer sind, so ist der Lohn noch weniger wert.

Man könnte fragen, warum denn die deutschen Kapitalisten und Junker ihre Konkurrenz mit den ausländischen Waren nicht so betreiben könnten, daß auch sie ihrerseits die Preise herabsetzen? Da kommt aber eben die Lotterwirtschaft der deutschen Kapitalisten in Betracht. Sie wollen keine besseren Maschinen verwenden, die Hochkultur nicht verbessern, damit sie dadurch konkurrenzfähig werden; sie stützen sich in ihrer Lotterwirtschaft auf die deutschen Hungerlöhne, die niedriger sind als irgendwo in der Welt — und auf ihre Buchergeschäfte, die sie eben mit den Schutzollmaßnahmen unterstützen wollen. Dazu kommt, daß sie sich durch den Dawes-Pakt verpflichtet haben, als Zwischenmeister des ausländischen Räuberkapitals aus den deutschen Massen so viel herauszupressen, daß sie außer ihren eigenen fetten Profiten noch ihre Tribute an die ausländischen Räuber zahlen können.

So hängt der Dawes-Pakt mit den geplanten Bucherzöllen aufs engste zusammen. Und es ist gut, wenn sich die Arbeiterfrauen bei dieser Gelegenheit daran erinnern, was die Kommunisten anlässlich des Dawes-Paktes vorausgesagt haben: wir sagten damals voraus, daß die deutschnationalen Junker von Schlot und Korn nur deshalb dem Dawes-Pakt zustimmen, weil ihnen versprochen wurde, daß sie mit Bucherzöllen schablos gehakt werden.



Die neuen Lebensmittelszölle sollen der deutschen Landwirtschaft helfen.

11 10 9 8 7 6 5 4 3 2 1

Forderungen des Textilarbeiter-Verbandes für den Schutz der schwangeren Arbeiterinnen.

Die Textilarbeiterinnen haben sich in vielen Industriegebieten während des letzten Jahres energisch für einen ausreichenden Arbeiterinnenschutz eingesetzt. In Betriebsversammlungen, Arbeiterinnenversammlungen, auf Verbandskonferenzen, überall traten sie mit ihren berechtigten Forderungen hervor und versuchten auch, Arbeiterinnen anderer Industrien mit in ihre Kampffront einzureihen. Dadurch sieht sich jetzt auch der Verbandsvorstand des Textilarbeiter-Verbandes gezwungen, sich der Forderungen seiner weiblichen Mitglieder anzunehmen und sie zu vertreten.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes hat am 1. April an den Reichstag und an die Parlamente der Länder eine Eingabe gerichtet, in der ein ausreichender Schutz für die schwangeren arbeitenden Frauen und Mädchen gefordert wird. Diese Eingabe enthält folgende Hauptforderungen:

1. Verbot der Erwerbsarbeit der schwangeren Personen für die letzten drei Monate der Schwangerschaft,
2. Beschränkung der Erwerbsarbeit schwangerer Personen im fünften und sechsten Monat der Schwangerschaft auf höchstens vier Stunden pro Tag,
3. Vergütung des entgehenden Arbeitsverdienstes aus Mitteln des Staates oder einer zu schaffenden obligatorischen Kollektivversicherung.

Daneben wird die Schaffung von Sitzgelegenheiten am Arbeitsplatz, Bereitstellung von besonderen Räumen zum Aufenthalt der Schwangeren während der Pausen oder bei Schwachzuständen, Bereitstellung von Medikamenten, Einrichtung guter Kantinen und Einstellung von Fabrikärzten in Großbetrieben, restlose Anerkennung der Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheiten usw. verlangt.

In einer sehr langen und ausführlichen Begründung wird ein Gutachten des Berliner Frauenarztes Dr. Max Firsch angeführt, durch das auch statistisch die große Schädlichkeit der Erwerbsarbeit während der Schwangerschaft nachgewiesen wird.

Der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes hat sich, wie schon oben erwähnt, mit diesen Forderungen an den Reichstag und die Landesparlamente gewandt.

Es steht aber schon von vornherein fest, daß diese Forderungen nur eine ganz geringe Unterstützung in den

Parlamenten finden werden, höchstwahrscheinlich nur durch die kommunistischen Fraktionen. Denn auch die sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen haben bereits bei den verschiedensten Gelegenheiten bewiesen, daß sie für einen wirklich ausreichenden Arbeiterinnen- und Mutterschutz nicht eintreten. Bestenfalls haben sie sich bisher — wenn auch nur auf dem Papier — für eine Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ausgesprochen, das den Schwangeren wohl das Recht auf Arbeitseinstellung kurz vor und nach der Niederkunft zugesichert, dabei aber voraussetzt, daß die schwangeren Arbeiterinnen während dieser Zeit den Lohnausfall selbst tragen. Dadurch wird natürlich dieses „Recht“ zu einer Farce.

Daß sämtliche bürgerlichen Parteien gegen die Forderungen des Textilarbeiter-Verbandes sind, braucht nicht erst betont zu werden. Die Unternehmervertreter werden im Gegenteil versuchen, die Arbeitsbedingungen der weiblichen Arbeiterschaft noch mehr zu verschlechtern.

So kann also der Textilarbeiter-Verband lediglich mit der Unterstützung seiner Eingabe durch die kommunistische Partei rechnen, die ja schon in ihrem Gesehntwort im Reichstag zum Schutz für Mutter und Kind fast alle Forderungen des Textilarbeiter-Verbandes und noch weitgehendere formuliert hat.

Es ist also klar, daß dieser Vorstoß vollständig im Sande verlaufen muß, wenn die Gewerkschaften nicht planmäßig die gesamte Arbeiterschaft für diese Forderungen mobilisiert. Aber davon merkt man bisher nichts! Warum wird diese Eingabe nur vom Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes unterzeichnet? Warum stellt sich nicht der A. O. G. B. hinter diese Forderungen? Ohne Zweifel würde dadurch ihre Bedeutung erhöht werden, ganz abgesehen davon, daß der Kampf um diese Forderungen wirklich nicht nur Aufgabe der arbeitenden Frauen, sondern Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft ist. Diese Art der Eingabe erweckt den Verdacht, daß nicht einmal alle Vorstände der freien Gewerkschaften für einen ausreichenden Arbeiterinnenschutz sind.

Will der Textilarbeiter-Verband wirklich seiner Eingabe Nachdruck verleihen, so muß er sich die Mobilisierung der gesamten organisierten Arbeiterschaft hierfür zur Aufgabe machen. Sonst wird diese Eingabe — abgesehen von der Unterstützung durch die kommunistischen Fraktionen — für die Rat sein und auch für die weibliche Textilarbeitererschaft keine günstigere Position schaffen.

Die Ergebnisse der Tätigkeit der politischen Zirkel der Arbeiterinnen in Leningrad.

(Fortsetzung.)

Beim Aufbau des Unterrichts nehmen unsere Leiter die Arbeitserfahrungen ihrer Hörer zur Grundlage und gehen von diesen aus.

Bei Behandlung von Fragen historischer Natur werden sorgfältig Erinnerungen der Arbeiterinnen gesammelt. Der Unterricht wird in hohem Grade erleichtert dadurch, daß die Leningrader Arbeiterinnen eine ungemein umfassende Erfahrung aus dem revolutionären Kampfe haben. Auf Grund des Materials, das unsere Hörerinnen geben, bringt sie der Leiter zu den notwendigen Schlussfolgerungen. Um der Hörerschaft diese Schlussfolgerungen zu erleichtern, wird eine ganze Reihe von Diagrammen durchgearbeitet. Oft wird, bei Bearbeitung von Fragen, die den Hörern weniger bekannt sind, der Unterrichtsstunde die Durcharbeitung irgendeines Bruchstückes, hauptsächlich aus den Werken des Genossen Lenin, zugrunde gelegt, was den Arbeiterinnen besonders gefällt, da ihnen das Lesen der Schriften des Genossen Lenin noch schwer fällt. Die Arbeiterinnen lernen auch aus Dokumenten der gegenwärtigen Epoche die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Es werden Bruchstücke aus Resolutionen der Parteilage, Auftritte

der Partei, Proklamationen usw. erörtert und Bilder und Lesebuchmaterial gelangt in den Unterrichtsstunden zur umfassenden Anwendung.

Um das Durchgearbeitete im Gedächtnis zu befestigen, und um die gemachten Schlussfolgerungen in ein System zu bringen, verwenden wir ebenfalls Bruchstücke aus den Schriften Lenins.

Interessante Ertrugenschaften wurden auf dem Gebiete der Veranastaltung von Ausflügen erzielt: es wurden Industriebetriebe und das Revolutionäremuseum besucht.

Für jede Art der Propagandatätigkeit werden bei den Rayons-Agitprop-Abteilungen besondere Kontrollgruppen geschaffen und die Vertreter dieser Gruppen bilden eine Kommission der Agitprop-Abteilung des Gouvernementskomitees für Feststellung der gemachten Erfahrungen. Diese, aus den Leitern bestehenden Kontrollgruppen (6—7 Genossen in jedem Rayon) beschäftigen alle Zirkel des Rayons und üben eine gegenseitige Kontrolle aus.

Wir befinden uns zweifellos auf dem Wege zur Erreichung des Zieles, das wir unseren Zirkeln gestellt haben. Dieses Ziel besteht darin, daß die Arbeiterin Kenntnisse erhalten soll, die sie zur richtigen Organisation ihrer praktischen Tätigkeit braucht, daß sie auf dem Wege des Studiums des Leninismus vorwärts gebracht, sich an Buch und Zeitung gewöhnen, der Partei näher gebracht und zum Eintritt in die Partei vorbereitet werden soll.

(Fortsetzung folgt.)

Wer war aber die eifrigste Fürsprecherin des Dawes-Paktes? Die Sozialdemokratie. Sie schwätzte dabei von der „gerechten Lastenverteilung“, obwohl sie sehr genau wußte, daß mit den Zollversprechungen und Steuerraubzügen in vornherein jedes Gerede von der „gerechten Lastenverteilung“ elendes Geschwätz ist, daß die Lasten eben reißlos auf die arbeitenden Massen fallen. Zudem die Sozialdemokratie damals zusammen mit den Deutschnationalen so begeistert für den Dawes-Pakt eintrat, trat sie auch schon für die Wucherzölle, diesen Kaufpreis der deutschnationalen Zustimmung, ein.

Heute spielt die Sozialdemokratie den betrogenen Betrüger: sie schreit gegen die geplanten Lebensmittelzölle, weil sie weiß, daß jeder einfache Prolet begreift, daß diese Lebensmittelzölle ihn zum Hungerdasein verurteilen. Die Sozialdemokratie verschweigt aber den Massen, daß erstens die Industriezölle die Lebenshaltung direkt und indirekt ebenso verteuern und daß zweitens das Bündnis der Junker und Industriekönige es mit sich bringt, daß, wenn Industriezölle, so auch Lebensmittelzölle eingeführt werden. Die einen halten die anderen auf Kosten der arbeitenden Massen schablos.

So ergibt sich, daß man nicht gegen die Brot- und Kartoffelwucherzölle ankämpfen kann, ohne gleichzeitig gegen die Industriezölle zu kämpfen, daß man nicht gegen die Junker schreien kann, ohne gleichzeitig gegen die Industriekönige den Kampf zu führen. Aber auch, daß man nicht gegen die Wucherzölle schöne Gesteen machen kann, ohne den Dawes-Pakt als die Grundlage der ganzen Ausbeutungspolitik in Deutschland zu verwerfen. So stellt

sich das Geschrei der Sozialdemokraten gegen die Junkerzölle als elende Heuchelei, als Schwindel heraus.

Nun könnte mancher einfache Arbeiter einwenden, daß aber die Schutzzölle gegen ausländische Industrieartikel doch deshalb nützlich wären, weil damit verhindert wird, daß die ausländische Konkurrenz die Arbeitslosigkeit in Deutschland vermehrt. Darauf ist aber zu antworten, daß die ausländischen Kapitalisten kraft ihrer militärischen Macht den Schutzoll natürlich überall durchbrechen werden, wo es ihnen nützlich erscheint. Sie werden mit den deutschen Kapitalisten Pakte abschließen, sie anderweitig entschädigen, aber am allerwenigsten natürlich auf die deutschen Proleten Rücksicht nehmen. Auch gegen die Arbeitslosigkeit hilft kein Schutzoll.

Die Kommunisten treten energisch gegen alle Wucherzölle ein, weil sie Wuchergeschäfte der Kapitalisten auf Kosten der breiten Massen darstellen. Kann aber etwa die Lage der Massen dadurch wirklich erleichtert werden, daß die Kapitalisten auf die Zölle aus freien Stücken „verzichten“? Auch das ist nicht möglich. Nur eine von den Arbeitermassen kontrollierte Außenhandelspolitik, die das einführt, was die Massen brauchen und das nicht ausführen läßt, was hier gebraucht wird, kann helfen. Die Sowjetregierung hat mit ihrem Außenhandelsmonopol diesen Weg beschritten. Der Kampf der Arbeitenden gegen die Zölle gilt der ganzen Kapitalistenklasse; er ist ein Kampf gegen die gesamte Herrschaft der Junker und Schlotbarone, der einzige, der wirkliche Kampf gegen die junkerlich-monarchistische Hindenburg-Reaktion.

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Der schwarzweißrote Reichspräsident will amnestieren! Wen, das ist noch nicht heraus. Der Reichstag soll einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Der Rechtsausschuß des Reichstages holt sich daran herum. Die Länder sollen sich erst „verständigen“. Man sagt, Bayern und Preußen machen Schwierigkeiten. Preußen wehrt sich dagegen und behauptet, wenn das Reich eine Amnestie für die von Reichsgerichten Verurteilten erläßt, wird Preußen sofort folgen. Einer schiebt die Schuld auf den andern.

Um dieser Streiterei einmal ein bißchen nachzuhelfen, waren am Freitag, den 22. Mai, 16 Frauen von politischen Gefangenen in Berlin und haben mit Regierungsvertretern und einigen Parteien des Reichstags gesprochen. Da die meisten nicht anzutreffen waren, haben sie in einem ausführlichen Schreiben diesen Fraktionen ihre Wünsche unterbreitet.

Wenn es noch den Versprechungen geht, die den Frauen überall gemacht wurden, bleibt kein proletarischer Gefangener mehr im Zuchthaus. Alle hatten Verständnis für die Not der Frauen und Kinder, alle wollten sich für eine Amnestie einsetzen, der preußische Ministerpräsident war sogar für eine Vollamnestie. Eine Vollamnestie mit Ausnahme der „schweren Fälle“. Denn die ganz schweren Fälle könnten natürlich nicht mit unter die Amnestie fallen.

Auch bei der Debatte des sozialdemokratischen „Vorwärts“ waren die Frauen, damit dieses „Arbeiterblatt“ sich auch für die Freilassung der politischen Gefangenen einsehe. Es wurde ihnen versprochen, den Brief, den die Frauen an die Fraktionen des Reichstags geschickt hatten, zu veröffentlichen. Ja, der verhandelnde Redakteur erklärte sich sogar bereit, täglich fünf der krassesten Fälle zu bringen, um die Öffentlichkeit auf die politischen Gefangenen aufmerksam zu machen. Die Frauen mußten am nächsten Tag wieder in ihre Heimatsorte an die Arbeit fahren, damit ihnen der Verdienst nicht verloren ginge. Sie beauftragten deshalb die „Rote Hilfe“, das Schreiben an die Fraktionen, wie auch an die Debatte des „Vorwärts“ zu schicken. Der „Vorwärts“, der in Gegenwart der Frauen die herzlichste Teilnahme heuchelte, hat das Schreiben natürlich nicht abgedruckt, sondern dafür eine wüste Hebe gegen die kommunistische Partei entfaltet.

Der Landesverband der bürgerlichen Liga für Menschenrechte hat von seinem Bundesrat aus Telegramme an Reichspräsident, Reichsminister und Reichsjustizminister geschickt mit der Forderung der Amnestie für alle politischen Gefangenen. Der bürgerliche Verband fordert von den Regierungsstellen

Amnestie, der sozialdemokratische „Vorwärts“, der vorgibt, ein Organ für die Interessen der Arbeiterklasse zu sein, beschimpft die Frauen der politischen Gefangenen, von denen keine zu den völkischen Hitlerleuten gehörte. Die brauchen nicht Amnestie zu fordern, deren Männer sind längst wieder auf freiem Fuß.

Wir wollen die Arbeiter und die Arbeiterfrauen fragen, die noch Mitglied der sozialdemokratischen Partei sind, ob sie einverstanden sind mit der Haltung ihres Zentralorgans. Sollte es einen Arbeiter geben, der sich nicht dafür einsetzt, daß sein Massengenosse, der Kollege aus dem Betrieb, von seinen Zuchthausqualen befreit wird? Gibt es eine Arbeiterfrau, die nicht den Kummer und die Not ihrer Nachbarin mitfühlt? An sie wollen wir uns wenden. Wir wollen zu ihnen gehen in den Betrieb, in die Gewerkschaft, in die Wohnung. Sie sind die einzigen, die wirklich Verständnis für die maßlosen Verfolgungen ihrer Klassenbrüder haben, die einstimmig immer wieder allen Regierungsstellen zurufen müssen:

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Deutsche Kriegerhinterbliebene, heraus zu Kölner Konferenz!

Die Kriegsofopfer-Internationale (KIO) ruft zu einer Konferenz gegen den Abbau der Versorgung und Fürsorge am 28. Juni nach Köln auf.

Diese Konferenz ist dringend notwendig geworden. Durch die immerwährende Verschlechterung der Versorgung, der wirtschaftlichen Lage überhaupt, sind die Kriegerhinterbliebenen in Verzweiflung und Verbitterung geraten, aus der sie fast keinen Ausweg finden.

Die „Rentenerhöhungen“, die bewilligt wurden, waren Scheinmanöver, weil sie durch stetes Steigen der Lebensbedürfnisse und Mieterhöhungen überholt wurden.

Den besonderen Dank sollen sie durch die Fürsorgepflichtverordnung empfangen. Kein Ausbau der Fürsorge, sondern Abbau, Herabdrückung zu Almosenempfängerinnen. Ja, noch nicht genug damit, diese Fürsorge wird abhängig gemacht von der Leistung „gemeinnütziger Arbeiten“.

Die Kriegsofopfer-Internationale hat die Notwendigkeit zur Abwehr erkannt und fordert alle Kriegerhinterbliebenen auf, einmütig hinter der Konferenz zu stehen. Deran an die Hinterbliebenen des Reichsbundes, des Landesverbandes und Zentralverbandes der Invaliden und Witwen. Bildet die gemeinsame Front der Abwehr gegen weitere Not, weitere Verelendung!

„Eine jede tue ihre Pflicht, und der Sieg wird unser sein!“

Die Lage der Landarbeiterschaft in Pommern.

Pommern ist ein geeignetes Agrarland. Korn und Weizen werden dort angebaut, Kühe und Schweine gedeihen, dachvollige Schafe werden gezüchtet, Flachs gebaut. Pommern ist die Speise- und Vorratskammer für das Deutsche Reich. Aber diese große Speisekammer ist ebenso verschlossen für die dortigen Proleten, wie in den Städten das Wohlleben für das Industrie-proletariat.

Uneingezäumt wächst das Getreide, das Vieh läuft frei auf der Weide herum. Abends wird es in die wohlgebauteu Lütigen, modernen Ställe geführt, während der Landprolet in seine dumpfige, umgesunde Kote zurückkehrt. Die Frauen sind mit dreißig Jahren alt, ausgemergelt und die Kinder fleischsüchtig und rachitisch.

Der Landarbeiter erhält auf dem Gute für seine Arbeit neben ein paar Pfennigen Lohn ein schmales Deputat (Lohn in Lebensmitteln). Etwas Korn, Kleie, dazu Kartoffeln. Das sind seine Lebensmittel. Freilich, er kann sich ja auch noch ein bißchen dazu bauen und auch noch ein wenig Vieh großziehen. Ja, wenn er abends müde, abgearbeitet nach Haus kommt, dann baut er wohl noch Kohl und Bohnen, sägt Holz und wenns ganz großartig kommt, wenn jede Minute des Tages durch Arbeit ausgefüllt ist, und alles gut einschlägt, kann sich der Landarbeiter vielleicht noch ein Schwein anfüllern. Wenn nicht, heißt es den Winter über hungern, denn laufen kann man im Dorf nichts. Erstens hat man ja kein Geld, und die einigermaßen genießbaren Lebensmittel wandern in die Stadt. Bis in den späten Abend schuftet der Landmann für das eigene Futter und in der ersten Frühe zieht er schon wieder aufs Gut.

Kritisch sieht der Landmann, wie er verurteilt ist, weiter zu frönen, um nur leben zu können. Nicht er allein arbeitet. Frau und Kind ziehen mit hinaus, um noch einige Pfennige hinzuzuerbienen. Selbstredend zahlt man ihnen noch viel weniger als den Männern.

Alles, was vom Gut kommt, ist etwas Wunderbares. Wie in der Stadt durch verlogene Kinostücke der Prolet in Illusionen versetzt wird, wie seine Phantasie Schloßer baut, die tags zerfallen und die er abends mit in den Schlaf hineinnimmt, so bildet für die Landarbeiter und die Landarbeiterin die Gutsfamilie das Märchenland. Die Kinder bewundern die Kinder des Gutsherrn. Und haben sie wirklich etwas von Märchen vom Dorfchullehrer gehört, so nehmen diese Figuren sicher Züge und Gestalt der Guts herrschaft an. Kirmeßfest usw., wo widerwillig Gutsherr und -herrin sich dazu hingeben, einige Stunden unter dem gemeinen Volk zu verbringen, schaffen die Illusion, daß die Herrschaft doch recht und gut ist, gar nicht stolz, obwohl sie so sein sind. Man vergleicht seine eigenen arden, von der Arbeit geschundenen Glieder mit den ihren und meint, es sind eben halt andere Menschen, — nach dem Willen des lieben Gottes, schöner, klüger, zum Herrschen geschaffen. Und der Herr Parrer predigt, daß auch sie, die Reichen, ihre Not haben, und daß der liebe Herr Baron viel sorgen muß, um all seine Arbeiter zu ernähren. Dann die Repräsentationspflichten, von denen das gemeine Volk nichts kennt. Wie gern möchte man mit ihnen (den glücklichen Armen) tauschen, sie bekommen ja alles und brauchen nicht zu sorgen.

Solche Betäubung wirkt auf die Frau weit mehr als auf den Mann. Der Arbeiter war im Kriege. Er hat die Proleten der Stadt getroffen. Er weiß, daß sie nicht das Gold auf der Straße finden, daß sie sich auch mühen müssen. Er weiß, wenn sie zusammenhalten, dann können sie den Feind besiegen.

Die Frau freilich fürchtet sich noch immer vor dem Klassenkampf, sie glaubt an die Märchen des Pfarrers, sie redet auf ihren Mann ein, versucht ihn vom „gottlosen Wege“ abzubringen. Ja, die Frauen sind immer das beste, wirksamste Werkzeug der Reaktion. Drum ist ja auch gerade der Kampf unter den Landarbeiterinnen so wichtig.

Der Arbeiter freut sich, wenn ein Redner kommt, er hört aufmerksam von Anfang bis Ende zu. Er hat den festen Willen, zu kämpfen, die Frau wird meistens dohmel gelassen, und tötet später den Kampfwillen des Mannes.

Wir müssen aufs Land gehen. Wir müssen versuchen, auch die Frauen in die Versammlung zu bekommen. Wir müssen gerade die Illusionen der Reaktion entreißen.

Wir müssen die Landarbeiter im DBV organisieren, wir müssen versuchen, die Forderungen der Frauen höher zu stellen. Wir müssen den Landarbeitern zeigen, daß sie gegen die Lehnische Rothhise mit allen Mitteln kämpfen müssen. In den Gewerkschaften sollen sie diesen Kampf aufnehmen.

Genossen in den Städten, geht aufs Land, die Landarbeiter erwarten Euch, sie suchen den Zusammenschluß mit Euch. Glaubt nicht, daß es ihnen gut geht. Ich erlebte es einmal in Pommern, daß mir eine Landarbeiterfrau sagte, Milch und Butter könnte sie leider nicht kaufen, da es dies nicht im Dorf gäbe. Butter und Milch werden in die Stadt geschickt. Ihr elendes Kind war ein Beweis, wie wahr ihre Angaben waren.

Es gibt so viel Möglichkeiten und Anhaltspunkte, den Landarbeitern klarzumachen, wie sie betrogen werden von den Gutsherrn.

Die Arbeit unter den Landarbeitern ist nicht die Arbeit in den letzten Reihen des Proletariats, sie ist überhaupt die Grundlage für die Durchführung der proletarischen Revolution.

Wie oft wird im Film dargestellt, daß die mit Feugabeln bewaffneten Bauern vor der imposanten Gestalt des Gutsherrn und seinem Herrenbild lautlos zurückweichen. Das ist der Mangel an Glauben an die eigene Kraft. Wir müssen das Klassenbewußtsein auch unter den Landarbeitern und Landarbeiterinnen wecken.

Berliner Genossinnen auf Landagitation.

Zur Präsidentenwahl fuhren wir aufs Land, um gründliche Propaganda für unsern Arbeiterkandidaten zu machen.

In unserem Abteil befanden sich einige Arbeiter, die zum Angeln wollten. Auch mit ihnen unterhielten wir uns, und als sie auskloogen, versprachen sie uns, mehr über das, was wir ihnen gesagt hatten, nachzugeräbeln.

Als wir in unserem Sammellokal in Herzprung ankamen, wurde dort gerade lebhaft diskutiert. Die Leute meinten, Hindenburg sei der richtige Mann, den müsse man wählen. Wir setzten daraufhin kurz auseinander, was Hindenburg für die Arbeiter und kleinen Bauern bedeutet, und zuletzt mußten uns die Leute zustimmen. Besonders ein kleiner, einheimischer Händler verpflichtete uns bei.

Wir gingen dann in das nächste kleine Dorf und trugen in alle Häuser Flugblätter. In den meisten Häusern wurden wir freudig empfangen. Die Bewohner erzählten uns von der schlechten Lage der Landarbeiter. Drei Arbeiter erhalten bei 10 1/2 Stunden Arbeit zusammen 17 Mark pro Woche. Die Häuser, in denen sie wohnen, sind baufällig. Sie haben nicht das Notwendigste an Gebrauchsgegenständen.

Wo aber Großbauern und der Gemeindevorsteher wohnen, sieht man schon vom weitem. Die leiden keine Not.

In Sellmersdorf wurde ich auf verschiedene Höfen mit den Worten empfangen: „Die kommunistischen Blätter lesen wir mit Interesse. Wir wollen nicht Hindenburg und Marx wählen, denn die haben uns doch nur Unglück gebracht.“ — Auch in dem reaktionären Schmargendorf verbreiteten wir unsere Flugblätter.

Abends um 6 Uhr trafen wir mit Genossen zusammen, die in Angermünde gearbeitet hatten. Auch dort hatten sich die Bewohner um die Flugblätter und Broschüren gerissen. Dort war es auch möglich gewesen, eine gut besuchte Versammlung abzuhalten.

Die uns noch verbliebenen wenigen Flugblätter verteilten wir dann vom Zug aus, damit auch die Beamten in den Weichenhäusern lesen konnten, wenn sie ihre Stimme zu geben hatten.

Unsere Agitation auf dem Lande ist sicher von großem Erfolg. Es müssen sich noch viel mehr Arbeiterfrauen aus den Städten daran beteiligen.

E. W.

Bojkott-Beschluß über Rathreiners Malzkaffee.

Der von der Direktion der Rathreiners Malzkaffee-Fabriken in Herbingen provozierte Streit ist bis jetzt trotz aller Bemühungen nicht beigelegt. Das Gewerkschaftsbarrel Krefeld hat deshalb zur Unterstützung der Streikenden in seiner Sitzung am Freitag, dem 15. Mai, beschlossen, den Boykott über die Produkte der Rathreiner-Werke zu verhängen. — Die Arbeiterfrauen werden aufgefordert, überall Rathreiners Malzkaffee zurückzuweisen und unter den Arbeitern diesen Beschluß in weitestem Maße bekannt zu machen.

Verantwortlich für die Redaktion: Margda Arensee Berlin. — Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H., Berlin SW. 61. — Manuskript 17.